



Dr. Edgar Franke

23. Juni 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

23. Juni 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

Der Hochsommer ist endgültig in Berlin angekommen.

Auch hatten wir diese Woche wieder zwei Gruppen zum gemeinsamen Gespräch aus dem Wahlkreis. Zum einen eine Schulklasse aus der Burgsitzschule aus Spangenberg, zum anderen der Verwaltungsrat unserer Kreissparkasse.

Berlin ist für viele immer wieder eine Reise wert!

Wie fast in jeder Woche habe ich im Haushaltsausschuss das Gesundheitsministerium vertreten. Es ging diesmal darum, in wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten, zusätzliche finanzielle Unterstützung für unsere Krankenhäuser zu erhalten: genauer gesagt nochmals 2,5 Milliarden Euro für indirekte Energiehilfen. Nach längerer, zum Teil kontroverser



Diskussion konnte ich, konnten wir einen dahingehenden Beschluss erwirken.

Auch hatten wir Regierungskonsultationen mit Regierungsmitgliedern der deutschen und chinesischen Regierung. Und ich habe mich sehr gefreut, dass ich eine Rede bei dem Muttergenesungswerk halten durfte!

Es wünscht Euch ein schönes Wochenende

Euer



Neues aus dem Bundestag

Wir brauchen neue Fachkräfte für die Zukunft

Deutschland braucht viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir Wohlstand für alle sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen. Der Fach- und Arbeitskräftemangel zeigt sich bereits in vielen Branchen. Die Zahl der offenen Stellen ist auf einem Höchststand, auch Ausbildungsstellen können häufig nicht besetzt werden.

Bis 2035 müssen voraussichtlich rund sieben Millionen Fach- und Arbeitskräfte ersetzt werden. Wir müssen handeln, damit das nicht zur Wachstumsbremse wird. Dafür brauchen wir beides: Mobilisierung der inländischen Potenziale und Zuzug von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland. Genau das regeln wir mit zwei Gesetzen: Wir müssen junge Menschen stärker dabei unterstützen, eine Ausbildung zu machen, und den Beschäftigten notwendige Weiterbildungen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen. Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung gehören untrennbar zusammen.

Wir führen eine Ausbildungsgarantie ein und fördern Weiterbildung

Mit dem Weiterbildungsgesetz gehen wir einen großen Schritt in Richtung Weiterbildungsrepublik. Mit der Ausbildungsgarantie führen wir einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz ein. Außerdem führen wir ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und einen Mobilitätszuschuss ein, erleichtern die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen und öffnen die außerbetriebliche Berufsausbildung auch für marktbenachteiligte Jugendliche.

Wir stärken die Weiterbildung Beschäftigter, indem wir die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten vereinfachen und weiterentwickeln. Wir führen feste Förderhöhen ein und öffnen die Weiterbildungsförderung grundsätzlich für alle Betriebe. Im parlamentarischen Verfahren haben wir die Komplexität weiter reduziert, indem wir die Betriebsgrößenklassen für die Förderung der Lehrgangskosten und Arbeitsentgelte vereinheitlicht haben.





Gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen haben wir die Fördermöglichkeiten damit weiter verbessert. Zudem schaffen wir mit dem Qualifizierungsgeld eine neue Fördermöglichkeit. Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vom Strukturwandel betroffen ist, unterstützen wir mit einer Qualifizierung dabei, als Fachkräfte im Unternehmen zu bleiben und dort neue Aufgaben zu übernehmen. Bezugsvoraussetzung für das Qualifizierungsgeld ist, dass ein nicht unerheblicher Teil der Beschäftigten im Unternehmen aufgrund des Strukturwandels einen Bedarf an Qualifizierung hat. Außerdem ist eine entsprechende Betriebsvereinbarung oder ein entsprechender betriebsbezogener Tarifvertrag erforderlich.

Wir wollen mehr internationale Fach- und Arbeitskräfte gewinnen

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir in dieser Woche eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit beschlossen. Damit eröffnen wir Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union künftig wesentlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten. Die Erwerbseinwanderung soll künftig auf drei Säulen basieren:

Qualifikation: Wer einen in Deutschland anerkannten Abschluss hat, kann heute schon als Fachkraft kommen. Künftig können die Fachkräfte jede qualifizierte Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen ausüben, unabhängig von ihrem Abschluss.

Erfahrung: Wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung, eine zweijährige berufliche Qualifikation und einen Verdienst über einer bestimmten Gehaltsschwelle oder die Geltung eines Tarifvertrages vorweisen kann, kann künftig einwandern. Der Abschluss muss also künftig nicht mehr formal in Deutschland anerkannt sein. Wer weiterhin eine Anerkennung des ausländischen Abschlusses benötigt, kann auch im Rahmen einer Anerkennungspartnerschaft mit dem Arbeitgeber bereits in Deutschland arbeiten, vor Ort Deutschkenntnisse vertiefen und parallel das berufliche Anerkennungsverfahren betreiben. Gleichzeitig stärken wir die Abschlüsse der Außenhandelskammern, die als notwendige berufliche Qualifikation im Sinne dieser Säule anerkannt werden können.



Potenzial: Es wird eine Chancenkarte eingeführt, die es auch Menschen ohne Arbeitsvertrag ermöglicht, nach Deutschland zu kommen. Sie basiert auf einem Punktesystem, bei dem unter anderem Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Voraufenthalte, Alter und mitziehende Partner berücksichtigt werden. Die Chancenkarte erleichtert die Suche nach einem Arbeitsplatz deutlich und ermöglicht auch Probearbeiten und Nebentätigkeiten. Auch Bildungsmigration soll gestärkt werden, indem die Berufsausbildung und das Studieren in Deutschland noch attraktiver gemacht werden sollen.

Wir stehen für ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das nachhaltige Einwanderung und Integration von Fach- und Arbeitskräften verbessert. Es kommen nicht allein Arbeitskräfte, sondern Menschen. Wir brauchen attraktive Arbeitsangebote und Tarifbindung. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dafür gesorgt, dass es keine Aufweichung bei der Tarifbindung und den sozialen Standards und keine generelle Öffnung für Leiharbeit gibt.

Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen

In den vergangenen Jahren kam es immer öfter zu Lieferengpässen bei Medikamenten wie Kinderfiebersaft oder Antibiotika. Um dieses Problem anzugehen, haben wir in dieser Woche den Entwurf des Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) abschließend im Bundestag beraten.

Der Gesetzesentwurf stand letzte Woche bereits im Mittelpunkt der Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuss (wir berichteten).

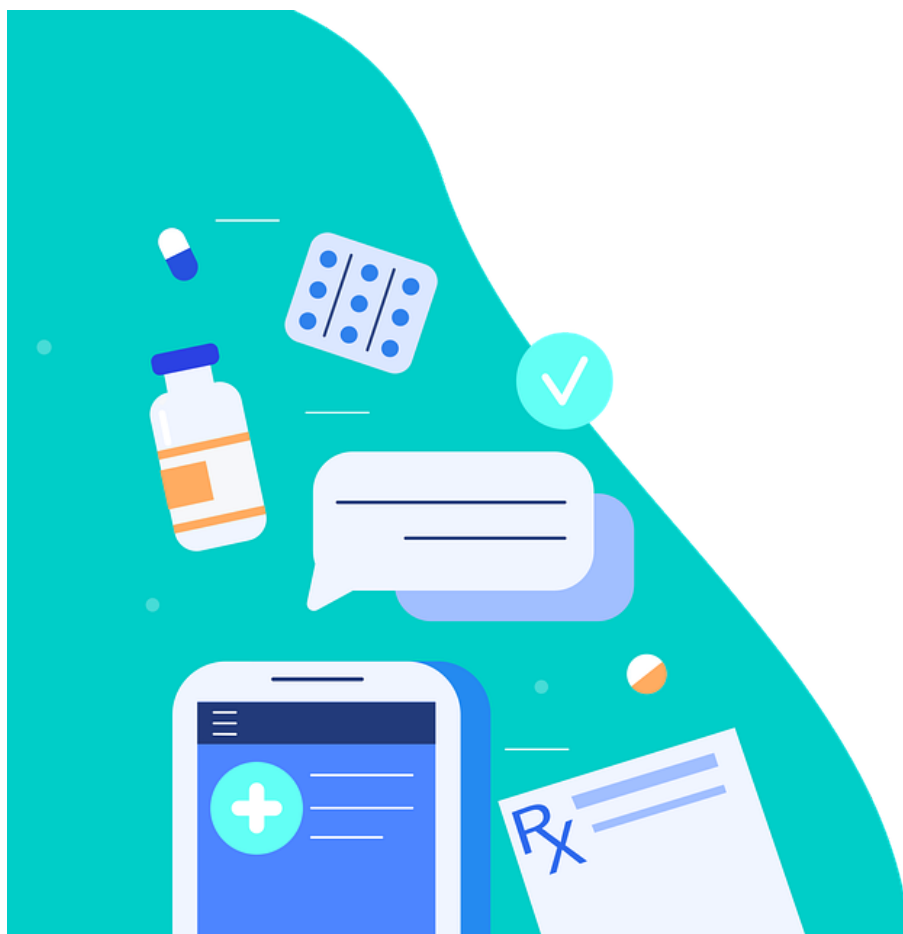
Konkret ist geplant, die Preisregeln für Kinderarzneimittel zu lockern: Festbeträge und Rabattverträge werden abgeschafft. Wir erhöhen die Liefersicherheit von versorgungskritischen Arzneimitteln, indem Pharmaunternehmen ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent anheben können. Die Krankenkassen übernehmen die Mehrkosten. Damit setzen wir einen Anreiz, dass versorgungskritische Arzneimittel hierzulande verfügbar sind.

Antibiotika, die in der EU oder im europäischen Wirtschaftsraum produziert werden, müssen künftig bei Ausschreibungen von Kassenverträgen zusätzlich berücksichtigt werden. So soll Europa als Produktionsstandort für Arzneimittel gestärkt werden und die Lieferketten diver-

sifiziert werden. Die Regelung kann auch für weitere versorgungssessentielle Arzneimittel genutzt werden.

Die Regeln zur Preisbildung werden so angepasst, dass der finanzielle Anreiz für die Forschung und Entwicklung von neuen Reserveantibiotika verstärkt wird.

Der Preisdruck soll auch durch eine geringere Zuzahlungsbefreiungsgrenze gesenkt werden: Liegt der Preis mindestens 20 Prozent unter dem Festbetrag, können Arzneimittel von der Zuzahlung freigestellt werden. Ist ein Arzneimittel nicht verfügbar, dürfen Apothekerinnen und Apotheker einfacher ein wirkstoffgleiches Arzneimittel anbieten. Dafür sollen sie einen Zuschlag erhalten.



Zudem werden Apotheken bei der Retaxation und der Abgabe von Hilfsmitteln von Bürokratie entlastet. Für Rabattverträge müssen die rabattierten Arzneimittel künftig sechs Monate auf Lager sein. Auch die Bevorratungsverpflichtungen für Medikamente, die injiziert werden, und für Antibiotika zur intensivmedizinischen Versorgung sowie für Kinderarzneimittel werden erhöht.

Darüber hinaus erhält das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zusätzliche Informationsrechte u.a. gegenüber Herstellern und Krankenhausapotheken, um ein Frühwarnsystem zu installieren, mit dem drohende Lieferengpässen erkannt werden können.

Gesundheitspolitik

Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen

Im Rahmen der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen habe ich den chinesischen Vize-Gesundheitsminister (Bild rechts) mit einer kleinen Delegation (Bild unten) in Berlin zu einem weiteren Austausch getroffen.

Neben den wirtschaftspolitischen Themen und Fragen der Internationalen Pandemieabkommen vom letzten Treffen im Mai waren vor allem Digitalisierung, Klima und Gesundheit und ebenfalls der Austausch über effiziente Krankenhausstrukturen sowie gemeinsame Strategien zur innovativen Krebsbekämpfung auf internationaler Ebene die weiteren Gesprächsthemen.



Der offene Dialog zwischen China und Deutschland ist auch in nicht ganz einfachen geopolitischen Zeiten im beiderseitigen Interesse; vor allen Dingen brauchen wir faire Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen, die in China investieren.

Klinikkonferenz 2023 des Müttergenesungswerkes

Die jährliche Konferenz der Klinikvertreter im Müttergenesungswerk (MGW) tagte am Dienstag in der Saarländischen Landesvertretung in den Ministergärten.



Nach einem Warm-Up zum neuen Leitbild warteten die Teilnehmer gespannt auf das Grußwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Gesundheit, Edgar Franke. Dieser lobte die wertvolle Arbeit und hob die hohe sozialpolitische Bedeutung des MGW-Angebots hervor.

Franke erinnerte sich an eigene familiäre Erfahrungen. Das Müttergenesungswerk gab und gibt Müttern, Vätern und Kindern in schwierigen persönlichen Lagen verlässlich Halt, Perspektive und Zuversicht, stellte er fest.

Vor mehr als 70 Jahren von Elly Heuss-Knapp gegründet, setzt sich das Müttergenesungswerk für diejenigen ein, die durch Sorgearbeit in ihrer Gesundheit beeinträchtigt oder gefährdet seien. Bis heute stehen Mütter oder Mütter mit Kindern im Fokus der Beratungs- und Therapiearbeit. Parallel vollzieht das Müttergenesungswerk mit seinen integrierten Therapiekonzepten den gesellschaftlichen Wandel nach. So profitieren heute auch Väter und pflegende Angehörige von den Maßnahmen.

Angesprochen auf die Herausforderungen durch die Coronapandemie, hohe Inflationsraten und die Energiekrise verwies Franke auf die gesetzgeberischen Aktivitäten. Dem Ministerium war es wichtig, die finanziellen Zusatzbelastungen abzufedern und die Auswirkungen der Energiekrise gerade auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen abzumildern. Für Vergütungsvereinbarungen von Vorsorge- und Rehamaßnahmen wurde mit dem GKV-Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG) die Bindung an die Grundlohnrate aufgehoben. Damit sind die Gehälter nicht mehr grundsätzlich nach oben begrenzt. Jüngst wurde dann der Leistungsanspruch für pflegende Angehörige verbessert. Franke schloss mit dem Wunsch, die Verhandlungspartner mögen die geschaffenen Möglichkeiten konstruktiv nutzen und gemeinsam um gute und nachhaltige Lösungen ringen. Auch oder gerade in schwierigen Zeiten.

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Schüler der Burgsitzschule Spangenberg im Reichstag zu Gast

Eine Schülergruppe der 10. Klasse der Burgsitzschule in Spangenberg war diese Woche auf Besuch in Berlin. Ihr Programm führte die Teilnehmer auch an den Sitz des Deutschen Bundestages im Reichstag. Neben Umschauen bot sich den Schülern eine Gelegenheit zum Austausch über die Arbeit des Parlaments und der Parlamentarier.



Einige kämpften offensichtlich mit schweren Lidern nach dem Vorabendprogramm. Richtig munter wurde die komplette Gruppe bei einer Schülerfrage nach dem Gendern. Das Meinungsbild war eindeutig: „Braucht kein Mensch!“. Spannung auch beim Blick in den Bundestag, wo gerade eine aktuelle Fragestunde mit Robert Habeck lief. Wer sitzt wo und warum? Wo sind die anderen Minister? Was für Leute laufen da rum? Frage nach Frage wollte beantwortet werden, bevor es dann weiter zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas ging.



Sanierung der Evangelischen Stadtkirche Fritzlar kann starten

Die Evangelische Kirchengemeinde Fritzlar darf sich über Fördermittel in Höhe von über 741.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm freuen.

Wie Edgar Franke mitteilen konnte, wurde die Zuwendung aus dem



Kulturkapitel des Haushaltsplans 2023 für das Denkmalschutz-Sonderprogramm (Denkmalschutz-Sonderprogramm XII, DS XII) beschlossen. Franke: „Ich freue mich, dass wieder ein Antrag aus meinem Wahlkreis bewilligt werden konnte!“

Mit dem Geld soll die Evangelische Stadtkirche saniert werden. Dabei wird besonders auf eine denkmalgerechte Sanierung verschiedener Bauteile der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Minoritenkirche wertgelegt. Die Kandidatin für den neugebildeten Landtagswahlkreis mit der Stadt Fritzlar, Dr. Daniela Sommer (SPD) betont: „Jeder Euro für die Region ist damit ein guter Euro, denn die Fördermittel kommen vor allem kleinen und mittelständigen Bau- und Handwerksbetrieben zugute.“

Hintergrund

Rund 450 Millionen Euro hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien seit 2009 im Rahmen von inzwischen zwölf Sonderprogrammen in den Denkmalschutz investiert. Damit konnte der Bund dringende Sanierungsarbeiten an fast 3.000 kulturell bedeutsamen Denkmälern und historischen Orgeln in ganz Deutschland ermöglichen. Die Maßnahmen erstrecken sich über das gesamte Bundesgebiet und leisten damit einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft.



Bilder der Woche

Unsere SPD-Spitzenkandidatin **Nancy Faeser** mit Delegierten bzw. Kandidaten aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg auf dem Landesparteitag in Hanau.

Sie ist nach einer wirklich begeisternden Rede mit 94% der abgegebenen Stimmen zur Spitzenkandidatin gewählt worden.

Bild unten: Die Kandidatinnen und Kandidaten der neu aufgestellten Landesliste der Hessen SPD.





Mit einer Bundestagsführung startete der **Verwaltungsrat der Kreissparkasse Schwalm-Eder** seine Klausurtagung in Berlin. Auf Einladung von Edgar Franke nutzen Landrat, Erster Kreisbeigeordneter, Vorstand und Verwaltungsratsmitglieder die Gelegenheit zum Besuch des Reichstags.

In der Sitzungswoche herrscht immer volles Haus. So ging es für die Gruppe unter sachkundiger

Führung von Onno Wulf in den Fraktionsbereich, das Tiefgeschoss mit Verbindung in die Abgeordneten Häuser und auf das Dach zur Kuppel des Reichstags. Dort stieß auch Edgar Franke zur Gruppe. Alle gemeinsam ließen den Abend bei einem nahegelegenen Italiener mit einem Essen und interessierten Gesprächen ausklingen.





Gast im Vorzimmer von Edgar Franke im Bundesministerium für Gesundheit war diese Woche **Onno Wulf**, der langjährige Büroleiter von Edgar Franke im Bundestag.

Nachdem sich zum Start der Woche kurzfristig Personalausfälle abzeichneten, sprang Wulf sofort ein und begleitete seinen Chef zu dessen Terminen.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Edgar Franke, Seite 3 Sharepic dser SPD-Bundestagsfraktion, Seite 6 Image by [Megan Rexazin](#) from [Pixabay](#), Seiten 7-9 sowie 11, 12 und 13 alle Edgar Franke, Seite 10 Sharepic von Dr. Daniela Sommer, MdL.
V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.